D2-052 Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Antragsteller*in: Laura Kroschewski (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 51 bis 52 einfügen:
Grundsätzlich gilt weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und Konfliktgebiete.

Um Putin nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern wirtschaftlich und innenpolitisch in die Knie zu zwingen, gilt es die Europäischen Sanktionen gegen russische Oligarchen konsequent durchzusetzen: Die Berliner Strafverfolgungsbehörden müssen sicherstellen, dass bestehende Vermögenswerte beschlagnahmt werden. Hierfür braucht es eine engere Auslegung des Ermessensspielraums der Gefahrenabwehrbehörden und zusätzlich eine enge Zusammenarbeit mit der Taskforce der Bundesregierung.
Besonders auf dem Berliner Immobilienmarkt besteht hier Handlungsbedarf: Sanktionierte russische Unternehmer*innen müssen darin gehindert werden in Bauprojekte oder Immobilien zu investieren, wenn dies eine Einkommensquelle darstellt. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt herzustellen, braucht es weiterhin ein Mieten- und Liegenschaftskataster.

Begründung

Als Landesverband und Teil der Landesregierung sollten wir uns neben der Positionierung zu wichtigen bundespolitischen Themen wie Sicherheitspolitik, den Entlastungspaketen und der vornehmlich durch den Bund gesteuerten Energiewende vor allem auf unsere landespolitischen Kompetenzen konzentrieren, also auch auf Strafverfolgung und was wir hier konkret zu tun gedenken, um die europäischen Sanktionen gegen russische Oligarchen durchzusetzen. Gerade, wenn wir mit dem berechtigten Argument der „Zeitenwende“ Waffenlieferungen befürworten, müssen parallel alle gangbaren nicht-militärischen Maßnahmen vehement verfolgt werden.

Genau wie bei der Energie- und Verkehrswende geht es bei dem Thema Strafverfolgung auch darum zu zeigen, dass unsere „grünen“ Antworten die richtigen, auch auf die Ukraine-Krise, sind: „Raus aus den Fossilen und dem Auto-Kult“ und eben auch „Mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt.“ (Beschlusslage vieler Anträge zu DW und Co enteignen, Mietendeckel usw.) Wir sind in Berlin dabei Vorreiter im Kampf gegen Geldwäsche zu werden und dies ist auch ein grüner Erfolg, den wir uns nicht nehmen lassen sollten, in dem wir diese Landesaufgabe in so einem wichtigen Antrag nicht thematisieren.

Die interministerielle Taskforce wurde auch mit der Begründung eingerichtet, dass es anders als in Frankreich und Italien in Deutschland schleppend mit der Beschlagnahmung von sanktionierten russischen Vermögenswerten vorangeht und dass dies auch mit einer mangelnden Zuarbeit der Länder zu tun hat. Ich wünsche mir, dass die Berliner Landesregierung hier ebenfalls Vorreiterin wird.

Unterstützer*innen

Baptiste Aguila (KV Berlin-Mitte); Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg); Johannes Volkmar Kohls (KV Berlin-Kreisfrei); Michael Wustmann (KV Berlin-Mitte); Florian Maaß (KV Berlin-Mitte); Christopher Schriner (KV Berlin-Mitte); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Thomas Dikant (KV Berlin-Neukölln); Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte); Nuria Köchling (KV Berlin-Mitte); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte);

Dominik Schlett (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte); Lisa Pramann (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Kurt Hildebrand (KV Berlin-Mitte); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte); Heike Kähler (KV Berlin-Mitte); Hanan Natour (KV Berlin-Mitte); Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte); Barbara Boeck-Viebig (KV Berlin-Reinickendorf)